



## **Für eine Europäische steuerpolitische Koordination**

### **EUCDA fordert von den EU-Finanzministern konkrete Beschlüsse**

Brüssel, 09.09.2004

In diesem Punkt hat Fritz Bolkestein Recht: Die 25 unterschiedlichen Steuersysteme mit ihren unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen verursachen einen unnötigen Aufwand an Geld und Zeit – und schwächen daher die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Daher wird es höchste Zeit, dass die EU-Finanzminister (zum Beispiel auf ihrem Treffen am 10./11. September 2004 in Scheveningen) konkrete Fortschritte absprechen.

Eines der Hauptmankos der Europäischen Politik ist eine fehlende Steuerpolitik. Um das Europäische Politische Projekt wirklich zu einem ausgereiften Projekt zu entwickeln ist es absolut notwendig, dass Europa dieser Frage mehr Aufmerksamkeit schenkt. Die Unterschiede in der Steuerpolitik (Unternehmenssteuern, Lohnlasten, ...) sind ein wichtiges Element der Konkurrenz innerhalb der Europäischen Union; Unternehmen entscheiden sich auch aufgrund der (steuerlichen) Bedingungen für einen bestimmten Unternehmensstandort. Eine Koordination der Steuerpolitiken innerhalb der Europäischen Union drängt sich auf. Die Steuerpolitik und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sind eng miteinander verknüpft; Veränderungen in einem Bereich haben Auswirkungen auf den anderen. Daher müssen sie prinzipiell dem gleichen Abstimmungsverfahren (Einstimmigkeit, qualifizierte Mehrheit) unterliegen.

Des weiteren treten wir dafür ein, dass eine Europäische Steuerpolitik (Europäische Steuern) ermöglicht werden. Auf diese Manier können Europäische Einkommen geschaffen werden, die für eine solidarische und soziale Politik zur Verfügung stehen.

Die EUCDA plädiert insbesondere für folgende Elemente:

- Steuerpolitische Durchführungsmaßnahmen können mit Mehrheit angenommen werden, sofern sie keine (negativen) Auswirkungen auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in den EU-Mitgliedstaaten haben
- Es muss eine Europäische Steuerpolitik ausgearbeitet werden, nach der die Steuern nach dem Prinzip der Progressivität erhoben werden (mit anderen Worten : Gleiches wird gleich, Ungleiches ungleich behandelt),
- die Steuerlast verschiebt sich von Arbeit hin zu Kapital (in diesem Zusammenhang ist zu behandeln: die Frage der Kapitalbesteuerung, einer Europäischen Vermögenssteuer, aber auch nicht progressiver Konsumsteuern wie Steuern auf Umweltbelastungen (z.B. eine Europäische Energiesteuer) und Luxuskonsum) In jedem Fall sind Regelungen in Bezug auf Freibeträge sowohl im Sparsbereich (u.a. auch mit Blick auf die private Altersvorsorge) als auch im Erbschaftsbereich notwendig. Des weiteren darf diese Kapitalbesteuerung nicht zur Gefährdung insbesondere von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU's) führen und ergo Arbeitsplätze in Gefahr bringen.

- Der Staat darf nur das Mindestmass an notwendigen Steuern auferlegen. Notwendig ist ein gesellschaftlicher Konsens über die Aufgaben des Staates (unter Berücksichtigung von Preisstabilität, Wachstum und Beschäftigung). Die Steuerpolitik ist ein Mittel, um die Erbringung dieser Aufgaben sicherzustellen (die Steuerpolitik ist der Frage der staatlichen Aufgaben untergeordnet, nicht umgekehrt).

**Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) besteht aus 23 Arbeitnehmerorganisationen aus 15 Ländern und ist eine Vereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP).**

**Elmar Brok MdEP, Präsident; Christoph Weißkirchen, Generalsekretär. Tel 0032 2 285 4164, Fax 0032 2 285 4141 e-mail: [eucdw@evppe.be](mailto:eucdw@evppe.be), homepage: [www.eucdw.org](http://www.eucdw.org)**